

Mehr Fachkräfte durch bessere Aus- und Weiterbildung

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende

8-Punkte-Programm für Menschen ohne Berufsabschluss

Der Fachkräftemangel ist seit vielen Jahren eine ernsthafte Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Mangel ist aber in Teilen hausgemacht, denn gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen ohne Berufsabschluss. Gut 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren sind betroffen.¹ Unter allen Beschäftigten in Deutschland (ohne geringfügig Beschäftigte) sind es mindestens rund 4,5 Millionen.² Ohne ein politisches Gegensteuern besteht die Gefahr, dass diese Zahlen wie in den letzten Jahren weiter stark steigen werden. Betroffene werden im Laufe ihres Erwerbslebens überdurchschnittlich häufig mit niedrigen Löhnen, Befristungen, geringfügiger Beschäftigung und insgesamt unsteten Arbeitsverhältnissen konfrontiert sein. Es ist auch für die Gesellschaft insgesamt problematisch, denn für Personen ohne Berufsabschluss steigt das Armutsrisiko und die Abhängigkeit von sozialen Leistungen, während ihnen echte gesellschaftliche Teilhabe häufig verwehrt bleibt.

30. Januar 2025

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstraße 1
10787 Berlin

Beschäftigte mit Berufsabschluss haben es einfacher – und vor allem weit mehr Chancen. Berufsabschlüsse sind werthaltige und aussagekräftige Zertifikate auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wissen, was sie voneinander erwarten können: angemessene Löhne für qualifizierte Tätigkeiten und die Fähigkeit, mit Veränderungen umzugehen und Arbeit eigenständig und im Team gestalten zu können. Berufsabschlüsse eröffnen auch Möglichkeiten für die berufliche Weiterentwicklung. Gute Arbeit wird mit einem Berufsabschluss wahrscheinlicher.

Kontaktpersonen:

Jan Krüger
Leiter der Abteilung
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Jan.Krueger@dgb.de
Telefon: +49 151 50252034

Die demografische Situation am Arbeitsmarkt und der Fachkräftemangel lassen nur einen Schluss zu: Es muss gelingen, die Fachkräftepotenziale in Deutschland besser zu erschließen. Von einer kommenden Bundesregierung erwartet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mehr Einsatz für Weiterbildung und ein **Aktionsprogramm für Menschen ohne Berufsabschluss**. Darin müssen Maßnahmen für einen besseren Übergang zwischen Schule und Beruf, gute Ausbildung und attraktive Wege zum Nachholen eines Berufsabschlusses umgesetzt werden.

Referat:

Mario Patuzzi
Referatsleiter Grundsatzfragen
der Aus- und Weiterbildung

Mario.Patuzzi@dgb.de
Telefon: +49 30 24060-647

1. Kein junger Mensch darf verloren gehen

Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist entscheidend, um jungen Menschen eine sichere berufliche Perspektive und die Chance auf einen Berufsabschluss zu bieten. Ziel muss sein, junge Menschen individuell zu unterstützen, die Besetzung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote voranzutreiben und niemand an den Schwellen zwischen Schule und Beruf zu verlieren.

¹ Bundesministerium für Bildung und Forschung, [Berufsbildungsbericht 2024](#) (S. 97)

² Statistisches Bundesamt, [Strukturdaten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort](#) (Stand 30.06.2024)

Eine Schlüsselrolle dafür spielen die bundesweit 366 **Jugendberufsagenturen**³. **Nicht alle bieten** für junge Menschen Beratung, Unterstützung und Vermittlung aus einer Hand an. Sie müssen dringend finanziell und personell gestärkt werden, um überall zu zentralen Anlaufstellen für alle jungen Menschen zu werden. Damit niemand mehr an der Schwelle zwischen Schule und Beruf verloren geht, müssen die Möglichkeiten des **Datenaustauschs zwischen Schulen und Agenturen für Arbeit** tatsächlich und intensiv genutzt werden. Eine BildungsID, die für alle Schüler*innen von Einschulung bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss vergeben wird, würde den Datenaustausch und individuelle Hilfestellungen vereinfachen. Die **Berufswahlkompetenz** muss an allen Schulformen verbindlich verankert und verbessert werden, damit junge Menschen selbstbestimmte Entscheidungen über ihren beruflichen Werdegang treffen und eine eigene Motivation entwickeln können. **Maßnahmen am Übergang zwischen Schule und Beruf**, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, müssen **auf den Prüfstand**. Schon jetzt könnten rund zwei Drittel der Jugendlichen eine Ausbildung aufnehmen, wenn sie dabei mehr Unterstützung bekommen würden.⁴ Für viele junge Menschen werden diese Maßnahmen aber zur jahrelangen Warteschleife, ohne das am Ende ein Berufsabschluss steht.

2. Ausbildungsgarantie ausweiten

Damit nicht immer mehr junge Menschen ohne Berufsabschluss bleiben, braucht es eine **Ausbildungsgarantie**, die allen den Zugang zu einer vollqualifizierenden beruflichen Erstausbildung eröffnet. Die duale, betriebliche Ausbildung muss dabei immer Vorrang haben. Für alle, die es trotz intensiver Bemühungen nicht schaffen einen Ausbildungsplatz zu bekommen, muss es ein gleichwertiges Angebot für außerbetriebliche Ausbildung geben. Dieses Angebot muss überall gemacht werden und nicht nur in so genannten „unterversorgten“ Regionen. Die Angebote müssen darüber hinaus qualitativ weiterentwickelt werden, um die individuellen Probleme von teilnehmenden jungen Menschen zu adressieren. Um Betriebe an den Kosten für die Fachkräfteausbildung angemessen zu beteiligen, soll ein bundesweiter **Zukunftsfonds für Ausbildung** eingeführt werden, in den alle Betriebe einzahlen. Nach dem Vorbild des Bremer Ausbildungsfonds würden ausbildende Betriebe einen Teil ihrer Ausbildungskosten erstattet bekommen und weitere Maßnahmen zur Steigerung der Ausbildungsqualität könnten finanziert werden.

3. Zweite Chance auf Berufsabschluss besser fördern

Nicht immer gelingt der Berufsabschluss im ersten Anlauf. **Umschulungen, zweite Ausbildung oder Prüfungsvorbereitungskurse** müssen stärker genutzt werden, damit auch Erwachsene einen Berufsabschluss nachholen oder sich

³ Bundesinstitut für Berufsbildung, Servicestelle Jugendberufsagenturen, [Übersichtskarte der bestehenden Jugendberufsagenturen in Deutschland](#) (Stand 06.01.2025)

⁴ Bertelsmann-Stiftung, [Junge Menschen könnten schneller und besser ins Berufsleben starten](#), 15.01.2025

beruflich neu orientieren können. Nicht allen Menschen dürfte aber klar sein, dass es schon heute einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Berufsabschlusses und die Förderung von Umschulungen gibt. Beides sind bereits etablierte, gute Förderinstrumente. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen diese Instrumente stärker nutzen. Um das Risiko möglicher Abbrüche durch die längere Dauer der Maßnahmen zu reduzieren, muss die Verzahnung von Sprach- und Weiterbildungsförderung sowie durch Lernprozessbegleitung intensiviert werden. Die Einführung einer Bildungs(teil)zeit ist notwendig, damit für Weiterbildung und den Abschluss die notwendige Zeit zur Verfügung steht und der Lebensunterhalt gesichert ist. Mit einer solchen Bildungs(teil)zeit erhalten Beschäftigte das Recht auf eine temporäre Verkürzung ihrer Arbeitszeit für Weiterbildung und eine Förderung, die das fehlende Einkommen teilweise kompensiert.

4. Schritt für Schritt zum Berufsabschluss

Teilqualifikationen (TQ) ermöglichen das Nachholen des Berufsabschlusses in Teilschritten und sind für Menschen über 25 Jahre interessant, die sich aufgrund individueller Lebenslagen oder betrieblicher Umstände nicht auf eine längere Weiterbildung einlassen (können). Bislang werden TQ aber nicht abschlussorientiert gefördert und umgesetzt, obwohl die Anbieter damit werben. Deshalb muss die Förderung von gering qualifizierten Erwachsenen über 25 Jahren mit TQ zukünftig verbindlich am Ziel des Erwerbs eines Berufsabschlusses ausgerichtet werden. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen bei der Umsetzung deutlich darauf orientiert werden. Um die Motivation und Möglichkeiten aus der Perspektive der Teilnehmenden für eine aufeinander aufbauende Förderung zu erhöhen, sollte festgelegt werden, dass eine erfolgreich absolvierte TQ dazu berechtigt, den nächsten Bildungsgutschein für die darauffolgende TQ zu erhalten, bis ein vollwertiger Berufsabschluss erreicht ist. Darüber hinaus ist eine systematische Begleitforschung erforderlich.

5. Abschlüsse aus dem Ausland einfacher anerkennen

Für zugewanderte Beschäftigte ist insbesondere die **Anerkennung ausländischer Qualifikationen** wichtig. Damit kann die Integration der zugewanderten Beschäftigten in den Arbeitsmarkt erheblich verbessert werden. Obwohl Anerkennungsverfahren mittlerweile etabliert und am Arbeitsmarkt anerkannt sind, dauern diese Verfahren nach wie vor zu lange und sind wenig transparent. Um sie effektiver zu gestalten, brauchen wir digitalisierte Verfahren, Akzeptanz von fremdsprachigen Dokumenten, eine Bündelung von Zuständigkeiten von Behörden sowie bundesweit harmonisierte Richtlinien für Berufe, für die jeweils die Bundesländer zuständig sind wie zum Beispiel Erzieher*innen oder Lehrer*innen. Darüber hinaus brauchen Anerkennungsinteressierte eine verlässliche und übersichtliche Förderung. Die Kosten für Anerkennungsverfahren sollten deshalb regelhaft durch Arbeitsagenturen und Jobcenter gefördert werden. Für nicht direkt arbeitsmarktbezogene Anerkennungen sollte der bislang nur auf projektbasis etablierte Anerkennungszuschuss verstetigt werden.

6. Validierung von Berufserfahrung nutzen

Mit der Einführung von Validierungsverfahren (zur Feststellung individueller beruflicher Handlungsfähigkeit) erhalten Beschäftigte ohne Berufsabschluss endlich die Chance, ihre beruflich erworbenen Kompetenzen sichtbar zu machen und anerkennen zu lassen. Damit können sie ihre Beschäftigungssicherheit erhöhen und neue, erweiterte Möglichkeiten für ihre berufliche Entwicklung erhalten. Diese neue Möglichkeit muss genutzt werden, um den Zugang zu nachträglichen Berufsabschlüssen zu erleichtern.

Ohne eine Förderung der Validierungsverfahren und -kosten wird der Nutzen für die Zielgruppe in der Realität überschaubar bleiben. Wir fordern deshalb die zügige Einführung einer **Validierungsförderung**. Zur Unterstützung von Validierungsinteressierten muss diese Förderung ein Regelinstrument werden: Die tatsächlichen Kosten des Anerkennungsverfahrens und mögliche Bedarfe der Nachqualifizierung sollten gefördert werden, damit keine finanziellen Hürden bei der Inanspruchnahme bestehen.

7. Weiterbildungsberatung ausbauen und in die Fläche bringen

Die Wege zur Weiterbildung über Beratung, Validierungsverfahren und Qualifizierungsangebote müssen transparenter gestaltet und besser aufeinander abgestimmt werden. Dafür braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur in der Weiterbildung. Hier müssen die **Weiterbildungsagenturen** unter Vernetzung mit den regionalen Arbeitsagenturen, Jobcentern, Kammern, Bildungsanbietern und Beratungsstellen in die Fläche gebracht werden, um die Wege zu Beratung und Qualifizierung einfacher zu gestalten. Dabei müssen Mindestaufgabenfelder beschrieben und eingehalten werden. Zudem braucht es eine Verstetigung des erfolgreichen Programms der Weiterbildungsmentor*innen mit gesetzlichen Freistellungsmöglichkeiten für die Qualifizierung und Beratungstätigkeit, damit diese dauerhaft in der Fläche arbeiten können.

8. Nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung fortsetzen

Millionen Menschen fehlt es an der notwendigen **Grundbildung**, um am gesellschaftlichen Leben und im Beruf umfassend teilhaben zu können. In der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung der Bundesregierung sind in den letzten Jahren Maßnahmen und Angebote gefördert worden, die Menschen zur Teilhabe in Gesellschaft und im Beruf befähigen sollten. Ohne eine Weiterentwicklung und einen nahtlosen Anschluss nach 2026 drohen diese Angebote eingestellt zu werden. Es ist daher notwendig, dass die Dekade fortgeführt wird.